

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union



1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.06.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Verschiedenes

Antragstext

1 Migration ist eine Konstante menschlicher Gesellschaften. Sie ist und war stets
2 Triebfeder für Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von
3 Austausch und Innovation, aber auch von Leid und Verlust. Ob sie freiwillig
4 geschieht oder erzwungen wird, aus Furcht um das eigene Leben geschieht oder auf
5 der Suche nach einer guten Zukunft – sie ist eine Gestaltungsaufgabe für die
6 Politik. Sie bietet Chancen und bringt Herausforderungen mit sich. Wir stellen
7 uns dieser Aufgabe. Wir buchstabieren aus, wie wir die Lage von Migrant*innen
8 und Geflüchteten verbessern und die aufnehmenden Städte und Kommunen
9 wirkungsvoll entlasten können.

10 Aktuell sind wir in unserer unmittelbaren Nachbarschaft mit der größten
11 Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert: Der völkerrechtswidrige
12 Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Millionen Menschen aus ihrer Heimat
13 vertrieben. Viele Menschen haben Zuflucht auch in Deutschland gefunden.
14 Gleichzeitig kommen auch wieder viele Menschen aus anderen Ländern nach Europa
15 und suchen Schutz vor Verfolgung und Krieg, die größten Gruppen aus Syrien und
16 Afghanistan.

17 Bund, Länder und Kommunen – nicht zuletzt aber auch unzählige Freiwillige –
18 haben in einem gemeinsamen Kraftakt geflüchtete Menschen aufgenommen und
19 versorgt. Allen, die mit großem persönlichen Einsatz zum Gelingen dieser
20 riesigen Herausforderung beigetragen haben, danken wir. Unsere Aufgabe ist es
21 nun, langfristige und zuverlässige Lösungen zu finden. In vielen Städten und
22 Kommunen ist Wohnraum knapp, Lehrkräfte und Kinderbetreuungsplätze fehlen oder
23 die Mitarbeitenden in den Behörden sind überlastet. Wir wollen diesen
24 Herausforderungen mit wirksamen Ansätzen begegnen.

Entlastungen vor Ort schaffen, Integration fördern

26 Kommunen und Städte tragen die größte Verantwortung bei der Versorgung und
27 Unterbringung geflüchteter Menschen. Hier findet Integration konkret statt. Hier
28 entscheidet sich die Erlebbarkeit, dass diese Aufgabe leistbar ist. Wir stehen
29 bei der Bewältigung der Aufgaben für eine faire Lastenverteilung zwischen Bund,
30 Ländern und Kommunen. Dabei ist für uns zentral, dass die Kommunen
31 Planungssicherheit haben. Wir wollen, dass der Bund sich zuverlässig und
32 solidarisch an der Finanzierung beteiligt. Daher braucht es langfristige
33 Finanzausgaben. Das gilt insbesondere für die Kosten der Integrationsmaßnahmen

34 und der Unterbringung. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Mittel auch
35 dort ankommen, wo sie benötigt werden – nämlich vordringlich in den besonders
36 belasteten Kommunen und Städten. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass
37 dauerhaft Unterbringungsplätze vorgehalten werden, um bei Bedarf handlungsfähig
38 zu sein, denn Gründe für Flucht werden uns auch in der Zukunft dauerhaft
39 begleiten. Kurzfristig muss der Bund den Kommunen wo möglich unter die Arme
40 greifen, indem er Liegenschaften des Bundes zur Verfügung stellt. Dabei legen
41 wir den Schwerpunkt auf kleinere und dezentrale Unterkünfte, in denen Teilhabe
42 und Integration besser möglich ist. Menschen, die bereits Familienangehörige
43 oder andere Anknüpfungspunkte haben, sollen bei ihnen oder in deren Nähe
44 unterkommen können. Hierfür bedarf es gesetzlicher Änderungen. Damit entlasten
45 wir den Wohnungsmarkt und fördern die Integration von Beginn an.

46 Für uns steht eine echte Integrationsoffensive im Zentrum unseres politischen
47 Handelns. Wir investieren in Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt und
48 stellen dadurch sicher, dass Migrant*innen sich schnell bei uns einleben und
49 Geflüchtete schnell Teil der Gesellschaft werden. Für einen schnellen Zugang zu
50 Integrations- und Sprachkursen müssen diese flächendeckend angeboten werden
51 können. Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an Integrationskurse in den
52 Blick, indem wir beispielsweise Kinderbetreuung anbieten und damit auch
53 betreuenden Eltern die Teilnahme ermöglichen. Erst-Orientierungskurse müssen in
54 ausreichender Zahl angeboten werden. Den wachsenden Bedarf an Schul- und
55 Kitaplätzen zu decken, ist eine große Aufgabe für alle politischen Ebenen. Wir
56 wollen an einer guten Ausstattung mit Lehrer*innen und Assistenzkräften, die als
57 Sprach- und Integrationsmittler*innen unterstützen, arbeiten. Mit dem Kita-
58 Qualitätsgesetz unterstützen wir seitens des Bundes die Kommunen. Einen
59 frühzeitigen Zugang zum Gesundheitswesen wollen wir unbürokratisch
60 gewährleisten. Solange dies noch nicht erfolgt ist, könnte zunächst an die
61 positiven Erfahrungen einiger Länder angeknüpft werden, die eine
62 Gesundheitskarte für Asylbewerber*innen eingeführt haben. So entlasten wir die
63 Behörden und stärken die medizinische sowie psychotherapeutische Versorgung. All
64 das kostet Geld, doch dieses Geld ist gut investiert und trägt dazu bei, dass
65 Geflüchtete kürzer auf Sozialleistungen angewiesen sind und schneller
66 erfolgreich am Arbeitsmarkt teilhaben können.

67 **Moderne Strukturen für ein modernes Einwanderungsland und einen zukunftsfesten** 68 **Arbeitsmarkt**

69 Deutschland ist ein Einwanderungsland und sucht händeringend nach Fach- und
70 Arbeitskräften. Egal ob in der Industrie, der Wissenschaft, im Gesundheitswesen
71 oder der Gastronomie. Wir ermöglichen Zuwanderung gerade in diesen Branchen und
72 stärken so unseren Wirtschaftsstandort. Gleichzeitig wollen die meisten
73 Geflüchteten arbeiten, dürfen es aber nicht. Das wollen wir ändern. Für die
74 Wahrung unseres Wohlstands und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft,
75 gerade auch der vielen mittelständischen Unternehmen in Deutschland, liegt hier
76 erhebliches Potenzial, das wir heben wollen und müssen. Hinzu kommt: Ein
77 frühzeitiger Zugang zum Arbeitsmarkt sichert Teilhabe, fördert Integration und
78 sorgt dafür, dass Menschen einen eigenen Beitrag zur Deckung ihrer

79 Lebenshaltungskosten leisten können. Deshalb wollen wir Arbeitsverbote aufheben.
80 Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen und beruflichen Erfahrungen
81 wollen wir vereinfachen und beschleunigen, Unterstützungs- und
82 Qualifizierungsangebote ausweiten. Den sogenannten Spurwechsel in die
83 Arbeitsmigration wollen wir vereinfachen. Das neu eingeführte Chancen-
84 Aufenthaltsgesetz ist beispielgebend, weitere Reformen müssen folgen. Mit der
85 Novelle des Staatsangehörigkeitsgesetzes sowie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz
86 gehen wir in der Bundesregierung weitere bedeutende Schritte.

87 Eine wichtige Ressource zur Entlastung der Verwaltung liegt in der Vereinfachung
88 von Verfahren. Indem wir sie modernisieren, entbürokratisieren, digitalisieren
89 und zwischen Bundesländern angleichen, sparen wir unnötige Arbeit ein und
90 schaffen dadurch zusätzliche Kapazitäten. Gleichzeitig helfen wir den
91 Schutzsuchenden: Sie bekommen schnell Gewissheit. Ein wichtiger Schlüssel dafür
92 liegt in der Verlängerung der Geltungsdauer für Visa zur Erwerbs- und
93 Bildungsmigration sowie der Dauer von Aufenthaltserlaubnissen. Darüber hinaus
94 müssen die Einwanderungs- und Ausländerbehörden sowie andere
95 Verfahrensbeteiligte, z.B. Verwaltungsgerichte, personell besser aufgestellt und
96 mit zusätzlichen Mittel ausgestattet werden.

97 **Sichere Wege für Flucht und Migration schaffen**

98 Wir wollen sichere und legale Wege zur Arbeitsmigration und Flucht stärken. Wir
99 setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit
100 Staaten außerhalb der EU, die vor allem Wege zur Bildungs- und Arbeitsmigration
101 eröffnen. Dafür werden wir auch die gesetzlichen Grundlagen der Visavergabe
102 modernisieren und vereinfachen. Das schafft Planbarkeit – für die Betroffenen
103 ebenso wie für die Kommunen, ihre Behörden und die Menschen vor Ort.

104 Den Familiennachzug wollen wir stärken, vereinfachen und beschleunigen. Damit
105 tragen wir dem im Grundgesetz verankerten besonderen Schutz der Familie Rechnung
106 und fördern durch stabile Familienverhältnisse die Integration. Unserer
107 besonderen Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften sowie besonders
108 gefährdeten Afghan*innen und ihren Familien werden wir durch humanitäre Aufnahme
109 und konsequente Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms gerecht. Sie sind auf
110 Grund ihrer Arbeit etwa für die Bundeswehr, internationale Organisationen oder
111 ihres Einsatz für Menschenrechte in Gefahr. Es ist am Bundesinnenministerium
112 dafür zu sorgen, dass die Sicherheitsinterviews nun aufgesetzt werden, damit das
113 Bundesaufnahmeprogramm schnellstmöglich wieder aufgenommen wird.

114 Wir setzen auf eine Politik der Humanität und Ordnung. Mit tragfähigen
115 Migrationsabkommen, die legale Wege der Zuwanderung aufzeigen, soll auch die
116 Rücknahmebereitschaft in den Herkunftsländern erhöht werden. Denn nicht jeder
117 Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Aber jeder Mensch, der bei uns Schutz
118 sucht, hat Anrecht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller
119 Prüfung. Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen
120 Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht
121 erhalten hat, muss zügig wieder ausreisen – sofern dem keine
122 Abschiebehindernisse entgegenstehen. Dabei setzen wir vorrangig auf die
123 freiwillige Rückkehr. Eine unverhältnismäßige Verschärfung von Abschiebe- und

124 Abschiebehaftregeln lehnen wir ab. Der fortlaufenden Unsicherheit und
125 Perspektivlosigkeit durch Kettenduldungen stellen wir uns entgegen. Menschen,
126 die bereits in der Gesellschaft verwurzelt sind, müssen eine Chance auf ein
127 dauerhaftes Bleiberecht bekommen.

128 Das Konzept der sicheren Herkunftstaaten finden wir falsch, denn es löst keine
129 Probleme. Was hilft, ist alle Asylverfahren zu beschleunigen und die Qualität
130 der Entscheidungen zu verbessern. Staaten, die den EU-Beitrittskandidatenstatus
131 erhalten haben und deutliche Fortschritte bei Menschenrechten und
132 Rechtsstaatlichkeit machen, können besonders betrachtet werden. Wir werden nicht
133 mitmachen, wenn Staaten, die systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen,
134 als sicher eingestuft werden sollen. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als
135 sichere Herkunftsstaaten lehnen wir ab.

136 Den Ruf nach einer stetigen Ausweitung von stationären Kontrollen an den
137 Binnengrenzen stellen wir uns entschieden entgegen. Sie stehen dem Schengener
138 Abkommen entgegen. Ein Europa ohne Schlagbäume ist ein wesentlicher Grundpfeiler
139 der europäischen Idee. Binnengrenzkontrollen behindern die Freizügigkeit und
140 verursachen enorme wirtschaftliche Schäden. Gerade für die Menschen in den
141 Grenzregionen stellen die Kontrollen und damit verbundenen Staus eine enorme
142 Belastung dar, ebenso wie für die eingesetzten Polizist*innen. Gleichzeitig sind
143 sie völlig ungeeignet, die Zahl der Asylanträge zu reduzieren, da Schutzsuchende
144 nicht zurückgewiesen werden dürfen.

145 **Ein starkes und solidarisches Europa der Menschenrechte**

146 Europa ist stark, wenn wir gemeinsam und solidarisch handeln. Wir treten für
147 eine europäische Politik ein, die den Schutz von Menschen und ihren Rechten in
148 den Vordergrund stellt. Dafür ist es notwendig, dass wir mit einem
149 funktionierenden Kompass in der EU für unsere europäischen Werte streiten.

150 Dazu gehört es auch, die Ursachen für Flucht und Vertreibung anzugehen. Wir
151 verfolgen eine Außenpolitik, die Diplomatie und Prävention von Konflikten in den
152 Mittelpunkt stellt. Wir orientieren uns an den Bedürfnissen von Menschen, die
153 wegen Konflikten oder Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen. Die meisten von
154 ihnen suchen Schutz in ihrem eigenen Land oder in Nachbarstaaten. Hier muss
155 Europa handeln. Eine effektive und gut ausgestattete humanitäre Hilfe,
156 Krisenprävention und Stabilisierung sind ebenso ein Schlüsselfaktor wie
157 Entwicklungszusammenarbeit und die geregelte Aufnahme der verletzlichsten
158 Gruppen. So können wir verhindern, dass Menschen sich auf gefährliche
159 Fluchtrouten und in die Hände von Menschenschmugglern begeben müssen.

160 Eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit kann einen Beitrag dazu leisten,
161 Gesellschaften zu stabilisieren und Menschen eine wirtschaftliche und soziale
162 Perspektive in ihrer Heimat zu geben. Sie an die Kooperation bei
163 Migrationsfragen zu knüpfen, verspricht keinen Erfolg. Wir lehnen dies ab.

164 Aktuell sind geflüchtete Menschen sehr ungleich auf die Mitgliedsstaaten
165 verteilt. Deutschland leistet einen wesentlichen Anteil bei der Versorgung und
166 Unterbringung von Geflüchteten. Wir treten für eine faire und gesteuerte
167 Verteilung der Menschen auf die Mitgliedstaaten ein. Dafür ist es unerlässlich,

168 dass es keine Lösung zu Lasten der besonders betroffenen Mitgliedsstaaten, wie
169 insbesondere von Mittelmeeranrainerstaaten gibt. Fortschritte für ein
170 funktionierendes Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) sind dringend
171 notwendig, auch um die katastrophale humanitäre Situation an den Außengrenzen zu
172 verbessern. Eine Reform muss sich daran messen lassen, ob sie konkrete und
173 relevante Verbesserungen für die geflüchteten Menschen bringt und im Einklang
174 mit unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer
175 Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention und der UN-
176 Kinderrechtskonvention steht. Eine Folgenabschätzung sollte daher Bestandteil
177 der Reformen sein. Für uns ist klar: Es darf keine Einigung um jeden Preis
178 geben.

179 **Den Schutz von Geflüchteten in den Mittelpunkt**

180 Eine faire und gesteuerte Verteilung kann nur gelingen, wenn Menschen
181 zuverlässig bei der Einreise registriert werden. Wir müssen wissen, wer zu uns
182 kommt. Damit verhindern wir auch, dass Menschen ausgebeutet und entrechtet
183 werden. Eine Verteilung von Geflüchteten kann nur funktionieren, wenn sich
184 einzelne Mitgliedstaaten nicht einfach entziehen können. Dazu gehört auch, dass
185 Verfahren fair und zügig durchgeführt, menschenrechtskonforme Lebensbedingungen
186 sichergestellt und unkontrollierten Weiterreisen in andere europäische Länder
187 vorgebeugt werden. Alle Mitgliedsstaaten müssen ihren fairen Beitrag leisten.
188 Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation.
189 Mitgliedsstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt
190 aber auch für ihre Verantwortung in die Pflicht genommen werden. Die
191 Finanzierung der libyschen Küstenwache, die sich an Menschenrechtsverstößen und
192 an Schlepperei beteiligt, muss ein Ende finden.

193 Die im Rahmen der GEAS-Reform geplante Verschärfung von Grenzverfahren an den
194 Außengrenzen sehen wir kritisch. Wir nehmen jedoch zur Kenntnis, dass sie für
195 einen relevanten Teil der Mitgliedsstaaten in der EU Voraussetzung sind, um über
196 Verbesserungen, z.B. einen funktionierenden Solidaritätsmechanismus zur
197 Verteilung von Geflüchteten in Europa, verhandeln zu können. Eine Reform sollte
198 einen wirksamen Hebel gegenüber Mitgliedstaaten darstellen, die grundlegende
199 menschenrechtliche Verpflichtungen bei Asylverfahren bislang nicht einhalten.
200 Der immer stärkere Ausbau der Grenzanlagen kann keine Lösung sein. Der Ausbau
201 trägt nicht dazu bei, dass weniger Geflüchtete in die EU kommen, denn Zäune
202 können Geflüchtete nicht abweisen – sie haben ein Recht auf ein
203 rechtsstaatliches Verfahren.

204 Wir stehen für eine individuelle und inhaltliche Prüfung des Rechts auf Asyl in
205 der EU – unabhängig davon, auf welchem Weg das Verfahren durchgeführt wird. Die
206 unabhängige, frühzeitige und kostenlose Rechtsberatung muss gewährleistet und
207 ausgebaut werden, damit Geflüchtete ihre Rechte kennen und durchsetzen können.
208 Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Kinderrechtskonvention müssen
209 vollständig eingehalten werden. Familien mit minderjährigen Kindern,
210 alleinreisende Kinder sowie vulnerable Gruppen wie, Menschen mit Behinderungen,
211 Schwangere oder LSBTIQ müssen besonderen Schutz erfahren. Die Ausweitung der
212 sicheren Drittstaaten finden wir falsch. Menschen, die über einen Drittstaat in

213 die EU einreisen, dürfen nicht einfach zurückgeführt werden, gerade wenn sie
214 keine klare Verbindung, wie z.B. berufliche oder familiäre Bezüge, zu diesem
215 Land haben und nicht sichergestellt werden kann, dass sie in Sicherheit sind.

216 **Das Leid an den Außengrenzen beenden**

217 Die aktuelle Situation an den Außengrenzen ist nicht akzeptabel. Unser Ziel ist
218 es daher, das Leid schnellstmöglich zu beenden. Wir nehmen nicht hin, dass
219 Menschen und insbesondere Kinder unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lager
220 verharren und keinen Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren haben. Die Versorgung
221 mit medizinischen Gütern, psychologischer Betreuung und Lebensmitteln sowie der
222 Zugang zu Rechtsberatung müssen stets sichergestellt sein. Hilfs- und
223 Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den Geflüchteten und
224 den Grenzregionen. Der illegalen Praxis von Pushbacks muss entschieden begegnet
225 werden. Wir fordern die Europäische Kommission auf, gegenüber Mitgliedstaaten
226 einzuschreiten, die diese rechtswidrige Praxis anwenden. Gleichzeitig muss ein
227 wirksames, unabhängiges Menschenrechtsmonitoring dazu beitragen, dass
228 rechtsfreie Räume an den Grenzen in Europa der Vergangenheit angehören. Die
229 umfassende parlamentarische Kontrolle der EU-Agenturen und der
230 Finanzierungsinstrumente für die externe Migrationspolitik müssen sichergestellt
231 sein.

232 Wir wollen die europäische Seenotrettung stärken und das Sterben im Mittelmeer
233 beenden. Jedes Jahr sterben Hunderte Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu
234 überqueren. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Seenotrettung ist eine
235 völkerrechtliche Pflicht. Wir treten weiter für eine zivile, flächendeckende und
236 europäische Seenotrettung ein. Die europäischen Staaten sind gemeinsam dafür
237 verantwortlich, dass zivile Seenotrettungsorganisationen gefahrlos ihre Einsätze
238 absolvieren können. Durch die Behinderung ihrer Arbeit, lange Fahrtwege und
239 Spendeneinbrüche stehen die Seenotrettungsorganisationen auch finanziell unter
240 Druck. Deswegen treten wir – neben unserem Einsatz für die Organisation einer
241 staatlichen Seenotrettung – für die Verbesserung der staatlichen Unterstützung
242 ziviler Organisationen ein. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den
243 nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und
244 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht verhindert
245 und Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Die von Seenotrettungsschiffen
246 aufgenommenen Menschen müssen die Möglichkeit auf eine faire Überprüfung ihres
247 Schutzanliegens haben.

Begründung

Hinweis: In Anbetracht der laufenden Verhandlungen zur GEAS-Reform wird der Bundesvorstand ggf. Aktualisierungen in Form von Änderungsanträgen vornehmen.